

Alt Regierungsrat Peter Schmid
beantwortet den Brief von Bruder Klaus an den Rat von Bern
anlässlich der Ausstellung „Von Liebe wegen“
14. Oktober bis 11. November 2006 in Worb

Ehrwürdiger Bruder Klaus!

Vor 524 Jahren habt Ihr meinen Vorgängern im Amt, dem Rat von Bern, einen denkwürdigen Brief aus dem Ranft geschrieben – einen Brief zum Dank für die 40 Pfund, die die Berner Euch für die Errichtung einer Pfründe zukommen liessen. 40 Pfund – das war eine Menge Geld. Hätte sie der Rat, statt Ihnen zu schicken, Zins bringend angelegt, wären wir heute im Kanton alle unsere finanziellen Sorgen los. Aber Halt: Das Geld wäre wohl längst anders, ich fürchte weniger sinnvoll, eingesetzt worden oder noch schlimmer: es wäre 1798 mit dem bernischen Staatsschatz den Weg nach Paris gegangen. Dann noch lieber Obwalden als Paris! Ich bin mir auch nicht sicher, ob der heutige Rat nochmals einen solchen Beschluss fassen würde: Irgendeines der vielen Sparpakete oder auch nur schon das Finanzhaushaltgesetz (keine Ausgabe ohne gesetzliche Grundlage!) würde einer solchen neuen Subvention – und dann noch ausserhalb des Kantons – Grenzen setzen. Ich bin deshalb froh, ohne jede Einschränkung, dass der Rat von Bern Euch diese grosszügige Geste getan hat. Ihr habt sie mehr als verdient – ja eigentlich ist das, was Ihr kurz vor Weihnachten 1481 an der Tagsatzung von Stans bewirkt habt, unbezahlbar! Ihr habt die Eidgenossenschaft vor einem Bürgerkrieg bewahrt und Ihr habt die Aufnahme der beiden Orte Freiburg und Solothurn, nun schon seit über 500 Jahren unsere lieben, getreuen Miteidgenossen, in den eidgenössischen Bund bewirkt. Ihr konntet damals nicht wissen, dass mit Freiburg, dem ersten welschen Ort, der Weg geöffnet wurde, dass der damalige "Bund oberdeutscher Lande" sich von einem deutschsprachigen zu einem mehrsprachigen Bund entwickeln würde. Und diese Mehrsprachigkeit ist zumindest für mich nach wie vor die tragende Säule schweizerischer Identität, trotz der Englischwelle, die auch unsere Politik zu ersäufen droht. Ihr habt mit dem von Euch vermittelten Stanser Verkommnis, wie der Beschluss der Tagsatzung später genannt wurde, die erste gemeineidgenössische Verfassungsgrundlage geschaffen, welche die kantonale Souveränität zugunsten des Bundes eingeschränkt hat und über 300 Jahre, bis zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft im Jahre 1798, in Kraft war. Ihr habt Euch da, wie Solon im antiken Athen, auch als Verfassungsvater mit nachhaltiger Wirkung – wie wir heute sagen – einen Namen gemacht und seid damit zum nationalen Vorbild, zum Patron der gesamten Eidgenossenschaft aufgerückt. Leider hatten nicht alle Eure Rats schläge Bestand oder sie wurden nicht klug umgesetzt. Der Beschluss, die eidgenössischen Bünde alle 5 Jahre neu beschwören zu lassen, galt nur gerade knapp drei Jahrzehnte. Dann hat nämlich die Reformation die Eidgenossenschaft entzweit. Die Reformierten wollten nicht mehr zu den Heiligen schwören und die Katholiken wollten keinen Eid akzeptieren, in dem die heiligen Fürsprecher nicht angerufen wurden. Es fehlten damals Leute wie Ihr, die sich zwischen die streitenden Eidgenossen stellten. Nur der Solothurner Schultheiss Niklaus Wengi hat Ähnliches vollbracht und ist 1533 zwischen die Kanonen der Katholiken und der Protestanten gestanden. Sechs Mal sind die Eidgenossen von 1529 bis 1847 mit Gewalt aufeinander losgegangen, Hunderte sind von Bruderhand umgekommen. Sie haben Euer mahnendes Wort: „Fried mag nicht zerstört werden, Unfried aber würde zerstört“ vergessen.

Ihr habt es in Eurem Brief für nötig gehalten, meinen Vorgängern ins Gewissen zu reden und ihnen neben dem Dank für das Geld eine „Vermahnung“ zu schicken. Ich weiss nicht, warum Ihr das getan habt: Weil sie es besonders nötig gehabt hätten oder weil Ihr im Gegenteil geglaubt habt, dass sie besonders aufmerksam auf Euch hören und als mächtigster Ort der Eidgenossenschaft am meisten Gutes bewirken könnten? Oder habt Ihr am Glauben der Berner gezweifelt oder gar an jenem des Rates? Wenn Ihr sagt: „Ich schreibe euch nicht darum, weil ich glaubte, ihr glaubet nicht recht, mir zweifelt nicht daran, dass ihr gute Christen seid“, schimmert halt doch ein fein formulierter Zweifel an der Berner Frömmigkeit durch. Ich weiss nicht, was der damalige Rat mit Eurer Vermahnung angestellt hat. Bewirkte er wie bei den Tagsatzungsgesandten vor Weihnachten 1481 eine „religiöse Erhebung der Gemüter“ – wie spätere Generationen den Vorgang in Stans umschrieben haben? Oder hat er damals, obschon noch nicht mit so viel Papier eingedeckt, schon so reagiert, wie der heutige Regierungsrat das, so fürchte ich, tun würde? Das Geschäft würde auf einer langen Traktandenliste wohl ganz am Schluss, nach den Beschlüssen und Aussprachen, unter "Informationen" behandelt und der Rat würde ohne Diskussion das Dankes- und Vermahnungsschreiben zur Kenntnis nehmen; gelesen hätte es wohl keiner der Ratsherren bestenfalls ein Sachbearbeiter, der sich wohl noch über das Gutmensch-Gefasel aufgeregt hätte, wenn er es nicht gar einfach überlesen hätte. Und trotzdem: Ihr sagt meinen verblichenen Ratskollegen – die Kolleginnen kommen erst fünf Jahrhunderte später in den Berner Rat - Ihr sagt also Dinge, die auch heute noch sehr aktuell sind.

„Seid einander gehorsam“, im Sinne von „hört aufeinander“. Eine Tugend, die heute in der Politik, aber auch in der Gesellschaft, oft vergessen wird. Staatsmänner, wie Ihr einer ward, sind rar

geworden: Die meisten Politiker denken nicht an die nächste Generation, sondern an die nächste ² Zeitung und an sich selbst. Jeder schreit lauter, wie auf dem Jahrmarkt, behauptet unverfroren im Recht zu sein und Recht zu haben, provoziert aggressiver, um in die Schlagzeilen der oft töpelt-naiven Medien zu gelangen. Dabei ist es nicht Lärm und Spektakel, es sind nicht die lauten Töne, die politische Lösungen herbeiführen – nicht 1482, nicht 2006 -; es ist vielmehr das Auf-einander-Zugehen, das Zuhören, das Gespräch. Es gibt in unserem Land aber Musterbeispiele, wie man es machen kann, machen könnte: So schlossen 1937 nach langen Verhandlungen die verfeindeten Sozialpartner ein Friedensabkommen, das in unserem Land dem Klassenkampf und dem Klassenhass ein Ende bereite und eine lange Periode des sozialen Friedens und des Wohlstandes beschert hat. Das hätte Euch sicher gefreut. Aufeinander hören, aufeinander zugehen, das ist Euer Rat. Gerade heute, wo die Meinungen über die Zukunft des Landes weit auseinandergehen – Sozialstaat ausbauen oder reduzieren, sich der EU öffnen oder sich abschliessen, Muslime integrieren oder ausgrenzen. Viele Wege führen in die Zukunft. Welcher ist der richtige? Niemand kann behaupten, die einzig richtige Antwort zu haben.

Ihr vermahnt ferner den Berner Rat, die Witwen und Waisen zu beschirmen. Das ist heute eigentlich mit AHV und anderen Sozialwerken kein Problem mehr. Es ist nicht mehr wie zu Eurer Zeit, als die Witwen und Waisen die schwächsten Glieder der Gesellschaft waren. Aber das Anliegen bleibt: Wir müssen uns heute fragen, wer unseren besonderen Schutz benötigt. Materiell ist zwar für fast alle und alles vorgesorgt. Aber gibt es nicht viele, die in den immateriellen Bedürfnissen "verwaist" und "verwitwet" sind? Die keinen Sinn im Leben sehen, die vereinsamt sind, die dem Drogenrausch, dem Konsumrausch und anderen Verführern verfallen sind? Der Sozialstaat ist oft kalt, die menschliche Wärme, wie Ihr sie ausgestrahlt haben sollt, müssen wir in unseren menschlichen Kontakten wieder entdecken.

Ferner sagt Ihr: „Und wes Glück sich auf dem Erdreich mehret, der soll Gott dankbar dafür sein, so mehret es sich auch im Himmel“. Meint Ihr damit etwa das Geld, den Reichtum? Würdet Ihr damit nicht im Widerspruch zur Bibel stehen, die besagt, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe als ein Reicher in den Himmel komme? Ich weiss: Ihr seid ein reicher Obwaldner Bauer gewesen, bevor Ihr in den Ranft zogt. Von daher vielleicht das Verständnis für die Reichen. Aber Ihr verlangt auch etwas vom Reichen: nämlich Dankbarkeit. Reichtum ist nicht das Verdienst des Reichen, es ist ein Geschenk und zwar von Gott. Der Reiche hat seinen Reichtum damit nicht zur freien Verfügung, er hat eine Verpflichtung: Sozialpflichtigkeit des Reichtums sagen wir dem heute - etwas, das leider viele moderne Wirtschaftsführer nicht zu begreifen scheinen. Zwar nimmt der Staat sein Geld (und im Staat Bern nicht eben wenig) von jenen, die es haben. Ihr habt aber hier zweifellos nicht nur ans Materielle gedacht, sondern ans Wohlergehen ganz allgemein. Und die Dankbarkeit, die Ihr fordert, ist eine Tugend, die auch heute nicht sehr verbreitet ist.

Weiter schreibt ihr: „Den offenen Sünden soll man wehren und der Gerechtigkeit allweg beistehen“. In aller Bescheidenheit, ehrwürdiger Bruder, aber da haben wir, glaube ich, schon beachtliche Fortschritte gemacht. Wir haben in den letzten Jahrhunderten einen Rechtsstaat aufgebaut, der in der Geschichte der Menschheit seinesgleichen sucht. Wir haben ausgefeilte Regeln entwickelt, damit jeder zu seinem Recht kommen kann. Wir haben unabhängige Behörden geschaffen, die angerufen werden können. Wir bemühen uns, behördlicher Willkür den Riegel zu schieben. Und trotzdem bleibt Eure Forderung gültig. Vielleicht sind wir im Bemühen um Recht und Gerechtigkeit gar zu kompliziert geworden, haben uns dadurch vom einfachen Bürger entfremdet und müssen uns auch hier darum tun, nicht nur mit dem Verstand zu walten, sondern auch Herz und Seele sprechen zu lassen.

Noch ein Letztes: Euer Brief vermahnet uns, dass wir als christliche Obrigkeit christliche Politik betreiben sollen. Nur, was ist das im Einzelfall? Der Grundsatz ist in der Abgeschlossenheit des Ranft einfach zu formulieren. Aber wie setzen wir ihn um? Was ist christliche Politik in der Frage des Steuersatzes? Und was ist eine christliche Sozialpolitik? Eine christliche Verkehrspolitik? Ist es christlich, die Zahlungen an die „Armen“ zu senken, um Anreize fürs Arbeiten – auch das eine christliche Tugend – zu schaffen, selbst wenn dadurch einzelne Menschen finanzielle Probleme bekommen? Oder sollen wir allen möglichst viel zahlen, damit alle genug haben, aber dafür auch einigen Profiteuren zu Lasten der Fleissigen ein schönes Leben verschaffen? Leider liegt die christliche Antwort auf eine politische Frage in der Regel nicht einfach auf der Hand. Und es sind auch nicht immer Weise wie Ihr oder der laufstarke Stanser Pfarrer Amgrund zur Stelle um einen weisen Rat ins politische Getümmel zu tragen. Trotzdem: Auch wenn Euer Brief vor über fünf Jahrhunderten geschrieben worden ist, ist er in den Grundzügen aktuell. Ich werde ihn daher bei nächster Gelegenheit dem heutigen Rat von Bern zusammen mit meiner Antwort vorlegen. Es kann ihm nur gut tun!

Gegeben auf St. Thaddäustag im 2006. Jahr. Wie Ihr habe ich diesen Brief nicht selbst geschrieben, sondern zusammen mit meinem Schreiber Marco Jorio.

Ich setze meine eigene Unterschrift auf diesen Brief. Ich Peter Schmid